

Genau für diesen Weg haben wir hier in Nordrhein-Westfalen uns entschieden. Wir bringen den Mut auf, zu zeigen, dass wir mit erneuerbaren Energien Berge versetzen können, dass wir den Ausbau von Wasserstoffinfrastruktur dafür nutzen, die wirtschaftliche Substanz unseres Industriestandorts zu sichern. Wir folgen damit einem Trend; denn in 2021 kamen 75 % der weltweit installierten neuen Leistung aus Sonne und Wind.

(Christian Loose [AfD]: Der Leistung! Es geht hier um die Menge!)

Wie festzustellen ist, lasse ich mich gar nicht auf irgendeine Angst ein, die in Bezug auf Atomkraft oder anderes entstehen kann. Ich kann das technisch und wirtschaftlich einfach begründen. Die von Ihnen aufgeführten Kraftwerke Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sind seit 2021 atomrechtlich genehmigt für den Rückbau. Damit ist es allein technisch nicht mehr möglich, den Weg umzudrehen.

Zu den Fragen der Ewigkeitskosten, die ungeklärte Fragen der Lagerung von Atommüll bedeuten, zu der Frage der Akzeptanz, in einer Gesellschaft neue Atomkraftwerksstandorte zu finden, ist ausreichend von Vorrednern vorgetragen worden.

Wir wählen den Weg des Mutes, den Weg der Energiegewende hin zum kostengünstigen, sicherheitspolitisch und ökologisch notwendigen Ausbau von erneuerbaren Energien.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Frau Ministerin, es liegt eigentlich eine Zwischenfrage vor. Die konnte ich jetzt nicht einbringen, weil Sie sozusagen keine Luft geholt haben. Sie ist von Herrn Wagner. Lassen Sie die Zwischenfrage noch zu?

(Kopfschütteln von Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie)

– Nein, sie wird nicht zugelassen.

Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Loose. Ich schalte Ihr Mikro frei, Herr Loose. – Frau Ministerin, Sie können dann vom Platz aus darauf eingehen.

**Christian Loose<sup>3)</sup>** (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie sprachen von „Angst essen Seele auf“. Was ist denn mit der Angst Ihres Parteikollegen Klaus Müller, der jetzt Chef der Bundesnetzagentur ist, vor einem Strommangel warnte und jetzt E-Auto-Betreiber und Wärmepumpenbetreiber rationieren möchte?

Was ist mit der Angst des Netzbetreibers TenneT, der die Bevölkerung in Baden-Württemberg vor der Nutzung von Wasserkochen und Bügeleisen warnt, damit das Stromnetz nicht zusammenbricht?

Was ist mit der Aussage Ihres grünen Kollegen Klaus Müller, der sich über jedes Kernkraftwerk freut, das aktuell am Netz ist?

Sie sprachen von den Endlagerkosten. Warum verweigern Sie sich dann den Lösungen, etwa das Endlagerproblem mit neueren Kernkraftwerkstypen zu lösen? Auch das wollen Sie nicht.

Der letzte Punkt. Sie sagen, Erneuerbare würden immer günstiger. Warum wurde dann auf Bundesebene gerade die Subvention von Photovoltaikanlagen und für Wind Industrieanlagen erhöht?

All das ignorieren Sie. Sie ignorieren völlig die Fakten und leben in einer scheinbaren Traumwelt der Zukunft, in einem rosaroten Bullerbü. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Mona Neubaur**, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Die Versäumnisse der Vergangenheit kann niemand umkehren. Die Menschen in NRW, die Verantwortungsträgerinnen in Bürgerenergiegenossenschaften, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, all diejenigen, die in den Genehmigungsbehörden arbeiten, setzen um, was politisch gestaltet wird. Gestaltet wird in Nordrhein-Westfalen die Energiegewende hin zu Erneuerbaren.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Wir sind somit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2560 an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie an den Wissenschaftsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir gehen über zu:

## **9 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Höner das Wort.

**Markus Höner**<sup>3)</sup> (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Weg zur Gesundheit führt durch die Küche, nicht durch die Apotheke. Was Pfarrer Sebastian Kneipp schon vor 150 Jahren wusste, ist aktueller denn je. Was wir essen, hat nicht nur große Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern auch auf die Umwelt, die Landwirtschaft und das Klima.

Aktuell zeigt der Krieg in der Ukraine, wie wichtig resiliente Versorgungs- und Wertschöpfungsketten für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Landwirtschaft sind. Wir möchten eine ernährungssichernde Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen stärken.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Darum setzt sich die Zukunftscoalition für die Stärkung eines nachhaltigen und gesunden Ernährungssystems für Nordrhein-Westfalen ein. Hierzu wollen wir eine umfassende Ernährungsstrategie auf den Weg bringen und unsere Ernährung zukunftssicher aufstellen. „Regional“ und „saisonal“ sind hier die wichtigsten Schlagworte.

Was war zuerst da: die Henne oder das Ei, das Angebot oder die Nachfrage? Aktuell findet in Berlin die Grüne Woche statt. Bei unserem Ausschussrundgang sagte uns Olivier Kölsch vom Bundesverband der Deutschen Ernährungsindustrie: Nicht das Angebot ändert den Konsum, sondern die Nachfrage das Angebot.

Genau da möchten wir mit unserem Antrag ansetzen. Es ist unsere Aufgabe, klare Akzente zu setzen, um eine regionale Lebensmittelversorgung zu fördern und die Nachfrage nach diesen Produkten zu stärken. Mit dem vorliegenden Antrag fordern wir die Landesregierung auf, eine umfassende Ernährungsstrategie zu entwickeln. Unsere Schlagworte sind hierbei „regional“, „saisonal“ und „modern“, „konventionell und bio gleichberechtigt“, „dem Verbraucher angepasst“, „Nachfrage unterstützen“, „Nachfrage stärken“.

In diesem Antrag geht es uns auch um die Verbesserung des Wissens über die Ernährung – insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen. Wer nicht weiß, was man kocht, weiß gar nicht, was er isst und welche Lebensmittel regional zu welcher Jahreszeit produziert oder angebaut werden.

Uns geht es auch um die Koordination von regionalen Aktivitäten, also um den Aufbau von Netzwerken, um die Erzeugung, die Verarbeitung und die Zubereitung von regionalen Lebensmitteln zu fördern.

Wir möchten in Nordrhein-Westfalen mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir dabei unterstützen, die in Nordrhein-Westfalen regional und saisonal erzeugten Lebensmittel mit einer regionalen Nachfrage zusammenzubringen, indem wir aufzeigen, wie hochwertige Mahlzeiten zubereitet werden, indem wir unsere Kinder für frisch zubereitete Mahlzeiten sensibilisieren, indem wir dabei unterstützen, den Wert von Lebensmitteln – den Mitteln zum Leben – intensiver zu verdeutlichen.

Es geht bei der Ernährungsstrategie Nordrhein-Westfalen keineswegs darum, selbstständigen Menschen vorzuschreiben, was auf ihren Teller kommt. Aber es soll möglichst jeder einen Zugang zu gesunden, regional produzierten Lebensmitteln haben. Besonders für Kinder ist es wichtig, frühzeitig und am besten mit Spaß zu lernen, wie eine gesunde Ernährung geht.

Hierzu ist die Weiterentwicklung von öffentlichen Kantinen ein wichtiger Baustein. Mit dem Ausbau von Modellkantinen möchten wir zeigen, wie es geht, und ein Vorbild sein. Das Kantinenprogramm soll regionale Wertschöpfungsketten stärken und regionale Lebensmittel, die zu regionalem Essen verarbeitet werden, in unsere Kantinen bringen. Das sorgt für gesunde Ernährung bei der Außer-Haus-Verpflegung und stärkt die heimischen Produkte und die Landwirtschaft – ein doppelter Effekt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Weiter setzen wir uns für die Reduzierung von Lebensmittelverlusten und Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen ein – angefangen bei der Erzeugung bis zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Im Schnitt wirft jeder Bundesbürger jährlich etwa 78 kg Lebensmittel weg. Ein Großteil davon sind vermeidbare Abfälle.

Aber auch in den landwirtschaftlichen Betrieben muss schon einiges aussortiert werden. Mal ist die Gurke zu krumm, mal hat der Apfel Flecken oder das Gemüse die falsche Farbe. Wir verarbeiten natürlich gewachsene Produkte, bei denen sich eine naturnahe Sortierung positiv auswirken würde. Auch hier können wir über Bildung und neue Vermarktungswege Potenziale nutzen.

Für uns steht fest: Was auf nordrhein-westfälischen Höfen erzeugt wird, ist zu wertvoll, um weggeworfen zu werden.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie uns heute einen wichtigen Schritt in Richtung regionaler Lebensmittelversorgung gehen mit

saisonal hergestellten Nahrungsmitteln, die frisch in Nordrhein-Westfalen zubereitet werden.

Wir freuen uns auf die weitere Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Kollege Norwich Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie wir uns ernähren, entscheidet darüber, wie gesund – da schließe ich an den Kollegen an – und wie leistungsfähig wir sind, und das entscheidet auch darüber, wie leistungsfähig und wie aufnahmefähig Schülerinnen und Schüler in der Schule sind.

Aus meiner Zeit als Lehramtsstudent kann ich mich gut daran erinnern, dass der Direktor sagte: Ein Drittel aller Kinder in Neukölln, Berlin, kommt ohne Frühstück in die Schule. – Daher ist es unsere soziale, sozialpolitische Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass im Sinne von Chancengerechtigkeit alle Kinder, alle Jugendlichen gut ernährt werden und Zugang zu guten Lebensmitteln haben. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt von dem, was wir mit unserer Ernährungsstrategie mittelfristig erreichen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir alle wissen aus der KiGGS-Studie, dass es gerade bei Kindern und Jugendlichen erhebliche Tendenzen zur Fehlernährung gibt und dass diese Fehlernährung dazu führt, ein Leben lang zum Beispiel unter starkem Übergewicht zu leiden. Auch das hat soziale Folgen. Man ist im späteren Leben anfälliger für Diabetes und für Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Am Ende wird es im Parlament eine Kostenfrage sein: Wie viel Geld stellen wir für so ein Kantinenprogramm zur Verfügung? Am Ende lautet die Frage auch, wie viel Geld wir im Bereich „Krankheiten“ einsparen können, wenn wir vorne bei der Ernährung endlich etwas besser machen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir diesen Schritt zusammen gehen, dass wir eine Ernährungsstrategie entwickeln, die alles miteinander verbindet, bei der vom Acker bis auf den Teller genau überlegt wird, wie es aussehen kann.

Drei Punkte wollen wir miteinander bearbeiten.

Zum einen die Gesundheit der Menschen. Gesundes, leckeres Essen – nicht in der jeder Kantine gibt es leckeres Essen; auch da gibt es noch etwas zu tun.

Ein weiterer Punkt ist, Bäuerinnen und Bauern Perspektiven zu geben, dass sie tatsächlich mit ihren

Produkten ... Die Distanz zwischen dem Teller der Konsumenten und dem Acker ist immer größer geworden. Diese Distanz wieder ein Stück weit zu schließen und landwirtschaftlichen Betrieben Zugänge in die Kantinen zu verschaffen, diese Lücke kleiner werden zu lassen, ist ein Ziel von Regionalität. – Das ist die zweite Aufgabe.

Die dritte Aufgabe ist, dass wir tatsächlich hoffen, die Konzentration – im Münsterland gibt es fast nur noch Schweinefleischproduktion – wieder etwas aufzubrechen. Dadurch wollen wir mehr Vielfalt in die Kulturlandschaft bringen und etwas für Artenvielfalt tun. Wir wollen die Kulturlandschaft etwas anders modellieren, anders aufstellen. Das ist dann ein Nebengewinn, der sozusagen auch noch abfällt. Dann haben wir alles in allem eine Win-win-Situation geschaffen, die sich sehr positiv auswirken kann.

Um noch mal klarzumachen, um welchen Markt es dabei geht. Heute wird in Deutschland jede dritte Mahlzeit, also richtige Mahlzeit – das ist nicht das Brötchen, das man sich morgens am Bahnhof kauft –, außer Haus eingenommen. Nach Schätzungen geht man davon aus, dass sich das in den nächsten Jahren bis auf die Hälfte verschieben wird.

Wenn wir es also schaffen wollen, dass sich der Markt ein Stück weit in Richtung regionaler, saisonaler – der Kollege hat es erwähnt –, ökologischer – das ist mir auch noch wichtig – Lebensmittel verändert, kommen wir gar nicht umhin, die Außer-Haus-Verpflegung anzugehen. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir zusammen diesen Antrag entwickelt haben und dadurch gemeinsam eine Perspektive aufzeigen.

Das gilt insbesondere für die Schülerinnen und Schüler, für die Kitas, denn unsere Kinder sind ja davon abhängig, was wir ihnen anbieten. Da haben wir eine Fürsorgepflicht – die sollten wir ernst nehmen –, dass wir denen gutes, gesundes Essen anbieten. Dadurch machen wir ihnen ein Angebot mit gutem, gesundem Essen.

Darin, den Umgang mit Lebensmitteln zu lernen und zu lernen, woher das Essen kommt, steckt eine Riesenchance. Das ist eine Riesenaufgabe, die wir Ihnen, Frau Ministerin, am Ende überreichen. Wir müssen die Perspektive bieten, dass sie tatsächlich in Frischeküchen am Mittagessen mitarbeiten, in den Kitas, in Schulen, damit man sieht, was eine Mohrrübe ist. Das ist ja verlorengegangenes Wissen.

Wir haben es in den letzten Jahren nicht geschafft, das auszugleichen. Es gibt viele Aktivitäten – zum Beispiel die Landfrauen, die in die Schulen gehen und das versuchen. Das, was oben bei den Älteren an Wissen um Ernährung wegbriecht, wächst aber unten nicht nach. Da müssen wir ran. Da müssen wir verbessern. Ich glaube, dass das eine Riesenchance ist, wenn wir damit jetzt anfangen.

Was mir wichtig wäre, ist, dass wir gemeinsam ...

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Die Redezeit, Herr Kollege.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** ... unter den demokratischen Fraktionen dieses wichtige Thema angehen und vorantreiben.

Ich freue mich auf die weitere Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun Kollegin Kahle-Hausmann das Wort.

**Julia Kahle-Hausmann (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauer! Zunächst direkt die knappe Botschaft: Wir stimmen natürlich der Überweisung des Antrags zu.

Schließlich greifen Sie vieles auf, was wir bereits mehrfach in der letzten Literaturperiode eingefordert haben, zum Beispiel die DGE-Standards in der Außer-Haus-Verpflegung, mehr regionale und gesunde Produkte in den Kantinen, eine stärkere kommunale Verantwortung und regionale Wertschöpfungsketten.

Das, liebe Kolleginnen insbesondere der CDU, finden Sie alles mehrfach in den von Ihnen in der vergangenen Legislaturperiode abgelehnten Anträgen. Es ist aber auch ein Teil der Handlungsempfehlungen aus der letzten Enquetekommission.

Insofern sind wir natürlich immer gerne bereit, im Ausschuss darüber zu diskutieren. Ich denke, wir kommen allen entgegen, wenn wir sagen, dass wir hier zusammenarbeiten wollen.

Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, dass ich negativ erstaunt war, als ich den Antrag las. Herr Rüße, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen etwas Vernünftiges auf den Teller kriegen. Ja, aber nirgends im Antrag findet sich ein Satz zur sozialen Komponente der Ernährung. Nirgends ist die gedankliche Beschäftigung mit den Menschen zu erkennen, die am Ende des Kühlschranks noch so viel Monat übrig haben.

Deshalb herrscht bei uns Sozialdemokraten noch deutlicher Redebedarf über die Verpflegung in Schulen und Kitas. Denn Essen ist auch eine soziale Frage.

(Beifall von der SPD)

Bildungsgerechtigkeit beginnt für uns schon beim Frühstück. Ich persönlich werde mit einem Loch im Bauch maximal unleidlich und unkonzentriert. Wie viele hier im Saal habe ich selbst genug Reserven und kann mir zur Not schnell etwas kaufen.

(Beifall von Christina Weng [SPD])

Kinder in Wachstums- und Entwicklungsphasen, die von zu Hause aus nicht ausreichend versorgt werden und auch nichts Gescheites kaufen können, sind in der Schule weniger aufnahme- und leistungsfähig. Das wirkt sich unmittelbar auf die Chancen im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aus. Wir tragen, wenn wir uns nicht ausreichend in der Ernährungsfrage engagieren, dazu bei, dass wir ganze Alterskohorten in finanziell benachteiligten Familien abhängen.

Den aktuellen Nachrichten konnten Sie die neuen Zahlen der Bertelsmann Stiftung zur Kinderarmut entnehmen. Demnach lebten im Sommer 2022 rund 1,9 Millionen junge Menschen unter 18 Jahren in Haushalten, die Sozialhilfe beziehen. Ein Blick auf die kommunale Ebene zeigt: In Düsseldorf leben 18,3 % der Kinder und Jugendlichen in Armut, in Duisburg 30,7 %, in Essen, meiner Heimatstadt, 31,4 % und in Gelsenkirchen ganze 42 %.

Ein zentraler Satz aus der Studie lautet:

„Wer als junger Mensch in Armut aufwächst, leidet täglich unter Mangel, Verzicht und Scham und hat zugleich deutlich schlechtere Zukunftsaussichten.“

Herr Rüße und Herr Dr. Nolten, Sie waren in der letzten Enquetekommission dabei; Sie waren dort Vertreter. Jetzt waren Sie an diesem Antrag beteiligt. Haben Sie die vier Punkte aus dem Fazit nicht mehr präsent? Ich habe sie mir angelesen, aber Sie haben sie doch mit entwickelt.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Im Bericht der Enquetekommission heißt es deutlich:

„Die Qualität der Ernährung nimmt mit sinkenden Ausgaben für Nahrungsmittel ab. [...] In Haushalten im Bereich der finanziellen Armutsgrenze sind gängige Bewältigungsstrategien ‚permanentes Sparen‘ sowie ‚Verzicht auf Qualität und/oder Quantität‘ [...].

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Deshalb wollen wir da ja ran!)

Leider habe ich in Ihrem Antrag nichts dazu gefunden. Wir können es aber gerne noch bereden. Das ist gar kein Problem.

(Beifall von der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Dann haben Sie den Grundansatz leider nicht verstanden!)

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Die Verwendung von mehr regionalen, saisonalen und auch ökologischen Zutaten wird letztlich die Preise erhöhen. – Das sagen uns die Caterer. Ich finde es richtig und wichtig, dass wir die Außer-Haus-Verpflegung auch zur Unterstützung der heimischen Landwirtschaft und Wertschöpfung nutzen. Das ist keine Frage. Ich setze mich auch sehr dafür ein, dass die

landwirtschaftlichen Betriebe für ihre Produkte angemessen und fair entlohnt werden.

Eine Preiserhöhung im Landtagsrestaurant oder in den Kantinen der Landesministerien ist für Sie und mich als Abgeordnete leicht verkraftbar. Wenn wir es aber einfach so an Schülerinnen und Schüler weitergeben, an die Eltern, die es sich vielleicht eben nicht leisten können, dann werden wir nicht allen Kindern den Zugang zu gesunder Ernährung ermöglichen.

(Beifall von der SPD)

Dann passiert genau das: permanentes Sparen und Verzicht auf Qualität und Quantität.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann sollen wir den Arbeitenden weniger geben, oder was?)

Es bedarf gemeinsamer Gespräche und Entwicklungen – das ist ein Angebot –; denn genau das müssen wir verhindern. Wir sind dabei, die Ernährungsstrategie gemeinsam mit Ihnen zu entwickeln. Wir möchten Ihnen sehr gerne anbieten, das Thema im Umwelt- bzw. Landwirtschaftsausschuss noch viel intensiver zu diskutieren. Besonders dankbar wäre ich, wenn Sie sich bei diesem wichtigen Thema mit uns auf eine Anhörung verständigen könnten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes**<sup>3)</sup> (FDP): Frau Präsidentin, ich grüße Sie ganz herzlich. – Meine Damen und Herren, was bedeutet eigentlich „gesunde und nachhaltige Verpflegung“? Um es klar zu sagen: Eine ausgewogene Ernährung hat erst mal nichts mit Tierwohl und Klimaschutz zu tun.

Beste Beispiele dafür sind das Avocadobrot zum Frühstück oder die Billig-Hähnchenbrust zum Mittagessen. Diese Zutaten sind zwar gut für eine ausgewogene Ernährung, haben aber eine schlechte Klimabilanz und helfen nicht dem Tierwohl. Die Avocado kommt in der Regel aus Mexiko und wurde unter enormem Wasserverbrauch produziert. Das Hähnchen wurde wahrscheinlich im Rahmen der gesetzlichen Mindeststandards gehalten.

Ich komme zu Ihrem Antrag, der leider sehr unkonkret ist. Das Thema „Lebensmittelverschwendung“ wird darin nur kurz angerissen. Eine konkrete Forderung dazu fehlt. Gleiches gilt für die Ernährungsbildung. Schwarz-Grün kommt über die bloße Feststellung nicht hinaus, Wissen über die Ernährung durch Kochen, Schulgärten und Exkursionen fördern zu wollen. Die Themen „Lebensmittelverschwendung“

und „Ernährungsbildung“ hätten unseres Erachtens eigentlich eigene Anträge verdient.

Voraussetzung für eine gesunde Ernährung ist die Ernährungsbildung. Sie beugt Fehl- und Mangelernährung vor. Hier muss man bereits früh, im Kindergarten und in der Schule, ansetzen. Programme wie „Landwirtschaft macht Schule“ müssen weiter ausgebaut werden, damit Kinder endlich wieder gängige Gemüsesorten erkennen können.

Was gut für unsere Kleinen ist, taugt aber auch für uns Erwachsene. Aus Zeitmangel oder Bequemlichkeit greifen viele Erwachsene schnell zur Tiefkühlpizza, ohne zu wissen, dass eine gesunde Mahlzeit ebenfalls schnell zuzubereiten ist. Deshalb wollen wir die Erwachsenenbildung in diesem Gebiet weiter forcieren.

Bei all den Bemühungen, das Essverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern, darf man eines aber nicht vergessen: Am Ende ist es eine individuelle Entscheidung, sich auch mal bewusst für den Burger oder den Döner zu entscheiden. Das sollte man als Politik immer respektieren.

(Beifall von der FDP)

Es bleibt immer die freie Entscheidung eines jeden Einzelnen, wie er sich ernähren möchte. Wir als Politik können hierbei beratend tätig sein und Hilfestellung leisten, aber niemals eine bestimmte Ernährungsweise aufzwingen.

(Beifall von der FDP)

Wo „Strategie“ draufsteht, sollte eigentlich auch Strategie drin sein. Das ist aber bei dem Antrag von CDU und Grünen leider nicht der Fall. Sie bleiben sehr vage und lassen viel Interpretationsspielraum. Ich bin daher auf Ihre Ausführungen im Ausschuss gespannt. Vielleicht bringen Sie da etwas Licht ins Dunkel in Bezug darauf, wie eine schwarz-grüne Ernährungsstrategie aussehen wird.

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Abgeordneter Herr Schalley das Wort.

**Zacharias Schalley** (AfD): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Der deutsche Philosoph Ludwig Feuerbach soll im Jahr 1850 gesagt haben: Der Mensch ist, was er isst. – Hinter diesem ernährungsphilosophischen Satz steckt weit mehr als nur eine einfache Feststellung. Er besagt zunächst einmal, dass der Mensch in seinem Wesen auf die Natur angewiesen ist.

Ohne unsere Lebensmittelproduktion können wir nicht existieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass es nur die natürliche Notwendigkeit des Essens gibt, denn dann könnten wir auch wie in einem dystopischen Film Proteinblöcke zu uns nehmen. Aber befinden wir uns nicht genau auf den Weg dorthin, wenn jetzt Grillen und Maden in unseren Lebensmitteln landen dürfen?

Jeder hat die Freiheit, seine Speisen selbst zu bestimmen – das sagt auch die FDP –; jedenfalls so lange, bis die EU-Kommission oder die Ernährungsstrategie der Landesregierung einen pflichtmäßigen Anteil an Insekten in Lebensmitteln vorschreibt, um das Klima zu schützen.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Nur für AfDler!)

Das erinnert mich verdächtig an den ugandischen Diktator Idi Amin, der sagte: I can guarantee you freedom of speech, not freedom after speech. – Die Zulassung von Insekten ist hier nur die erste Scheibe der berühmten Salamiaktik.

Bei der Wahl der Speisen spielt die kulturhistorische Dimension eine besondere Rolle. Das Wissen darüber, welche Pilze, Beeren und Nüsse essbar sind, ist genauso eine kulturelle Leistung wie die Fähigkeit zur Zubereitung und Konservierung, die auch untrennbar mit der umgebenden Natur verbunden ist und damit einen direkten Ausfluss der heimatischen Identität darstellt.

Hierzu gebe ich Ihnen ein heimatisches Beispiel. Bei mir am Niederrhein und hier in Düsseldorf wird bekanntermaßen Altbier getrunken;

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Davon hatten Sie heute schon ein paar!)

aber nicht nur, weil es besser schmeckt, wie jeder weiß, sondern weil die natürlichen Gegebenheiten keine andere Brauart zuließen. Um beispielsweise Bier nach Pilsener Brauart herzustellen, benötigt man kühle Temperaturen, wie sie in den Höhlen und tiefen Kellern in Böhmen oder Bayern herrschen. In den sumpfigen schwülen Niederungen am Niederrhein gab es so etwas nicht. Also wurde obergäriges Altbier gebraut. Der Mensch ist, was er isst.

Es ist daher gesellschaftlich richtig und wichtig, in Kitas und Schulen auf eine gesunde Ernährung mit Lebensmitteln mit regionaler Tradition hinzuweisen. Es geht dabei nicht nur um kurze Transportwege, sondern auch um Kultur und Identität.

Doch unsere Esstradition ändert sich seit einigen Jahren radikal. Die kürzlich erteilte Genehmigung zur Erweiterung des Speiseplans um Insekten – übrigens durch ein Monopol für lediglich zwei Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU – ist dabei nur das ekligste Beispiel.

Monopole sind ein gravierendes Problem in der Ernährung. Weniger als zehn Konzerne beherrschen

schon jetzt drei Viertel des Saatgutmarktes. Bei der Tierzucht teilen eine Handvoll Konzerne den Weltmarkt unter sich auf, deren Geschäftsmodell und Betriebsgeheimnis das Erbgut unseres Nutztviehs ist. Können wir hierbei noch von ausgewogener oder regionaler Produktion sprechen?

Die Monokulturalisierung in der Lebensmittelproduktion ist ein Aspekt, in dem Debatten über die Esskultur und Lebensmittelsicherheit keine Rolle spielen. Niemand streitet die Wichtigkeit einer guten und nachhaltigen Ernährung ab. Entscheidend muss aber auch der Aspekt sein, Kindern einen realen Bezug zu ihren Lebensmitteln zu vermitteln.

Wie sollen die Schulen und Kindergärten neben den zahlreichen Aufgaben, die sie jetzt schon erfüllen müssen, nun auch noch den Kindern das Kochen beibringen? Das klingt mir außerdem verdächtig nach reaktionärem Hauswirtschaftsunterricht. Ich bin sehr überrascht, dass die Grünen dabei mitmachen.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Bei dieser Landesregierung bin ich mir sicher, dass ein Aspekt völlig ausgeblendet wird.

(Zuruf von Julia Kahle-Hausmann [SPD])

Die günstige und breite Verfügbarkeit von Lebensmitteln geht nun mal mit einer Wirtschafts- und Verarbeitungsweise einher, auf die einkommensschwache Familien angewiesen sind, wenn der Aufschnitt nicht zum Luxusgut werden soll. Das gehört genauso zur Wahrheit wie der nachvollziehbare Wunsch nach Eiern von glücklichen Hühnern.

Dieser Spagat in der Lebensmittelproduktion muss auch den Kindern bewusst gemacht werden, aber dieser Antrag hier ist noch vager als meine Frau, die auf die Frage, was sie essen will, stets antwortet: Weiß nicht. Sag du.

Mit Ausnahme der Überarbeitung der Kantinenrichtlinie fehlt eine rechtsverbindliche Maßnahme, und in diesen Nullraum können Sie sich reindenken, was Sie wollen. Sie sagen es nicht explizit, aber ich kann mir schon denken, was das wird: Veggie Day ist jetzt every day, fleischfreies Essen und Insektenburger für das Klima. Sie schaffen es wirklich, in jedes Thema die Klimaideologie hinein zu pressen wie das Fleisch in die Wurstpelle.

Apropos „Pressen“, zu Ihrem Antrag passt auch der Ausspruch von Otto von Bismarck: Mit Gesetzen ist es wie mit Würsten. Man fühlt sich besser, wenn man nicht weiß, wie sie gemacht werden. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Für die Landesregierung hat nun Ministerin Gorißen das Wort.

**Silke Gorißen**, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Zielsetzung ist klar: Nachhaltige und klimafreundliche Ernährung zu etablieren bleibt eine der herausforderndsten Aufgaben, denen wir uns im Ernährungssektor auch zukünftig weiter mit viel Engagement stellen müssen. Hierzu wurde in den letzten Jahren bereits viel initiiert und auf den Weg gebracht. Eine Ernährungsstrategie für NRW soll hier den Rahmen für weitere Prozesse und Maßnahmen sowie die Weiterentwicklung erprobter Ansätze schaffen.

Die Gemeinschaftsverpflegung bildet einen der zentralen Ansatzpunkte und hat großes Potenzial, wenn es um die Schaffung von nachhaltigen Ernährungsumgebungen geht. Aufgrund unseres heutigen Lebensstils verbringen wir nämlich einen Großteil des Tages außer Haus und verpflegen uns extern. Dadurch wächst auch der Markt für Lebensmittel in der Außer-Haus-Verpflegung weiter und bietet gute Chancen für eine Versorgung mit ökologischen und auch regionalen Lebensmitteln.

Eine gesunde, nachhaltige, abfallarme Verpflegung mit regionalen und ökologischen Produkten ist unser Ziel. Dazu bilden die bei der Verbraucherzentrale NRW angesiedelten Vernetzungsstellen „Kita- und Schulverpflegung“ und „Seniorenernährung“ zentrale Instrumente der Landesregierung.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die zwingend notwendige Reduzierung von Lebensmittelverlusten auch in der Gemeinschaftsverpflegung. Dieser Aspekt sollte im Rahmen einer Ernährungsstrategie ebenfalls beraten werden. Lebensmittelabfälle sind für einen erheblichen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Ziel der Landesregierung ist es, Lebensmittelverluste weiter zu reduzieren und die Wertschätzung für Lebensmittel zu erhöhen. Daran arbeitet das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit verschiedenen Projekten, die darüber hinaus das Verständnis für Zusammenhänge zwischen der Ernährungsweise und den Auswirkungen auf das Klima fördern.

So hat die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen beispielsweise in den vergangenen Jahren mit dem Projekt „MehrWert21“ eine nachhaltige, klimafreundliche und abfallarme Gemeinschaftsverpflegung insbesondere in Kitas und Schulen umgesetzt. Mit diesem Projekt hat die Verbraucherzentrale auch einen guten Grundstein für die Unterstützung von Food-Sharing-Initiativen und anderem bürgerschaftlichen Engagement gelegt, beispielsweise mit Informations- und Vernetzungsveranstaltungen.

Das Projekt „NEiS – Nachhaltige Ernährung im Studienalltag“ richtet sich an Studierende und vermittelt Kompetenzen für eine abfallarme und klimafreundliche Ernährung im Studienalltag.

Darüber hinaus fördert das Landesverbraucher-schutzministerium seit 2020 ein beim Landesverband der Tafeln angesiedeltes Projekt, das mit Hilfe von regionalen Verteilzentren Logistikstrukturen optimiert und somit Lebensmittelverluste weiter reduziert.

Auch die bestehende Initiative „NRW kocht mit Bio“ adressiert den gesamten Bereich der Außer-Haus-Verpflegung. Ziel ist der Ausbau der Außer-Haus-Verpflegung als Absatzmarkt auch für ökologisch erzeugte Lebensmittel. Die Initiative trägt zu den Ausbauzielen des ökologischen Landbaus in Nordrhein-Westfalen bei und sollte daher vorangebracht werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie sehen, die Themen einer nachhaltigen Ernährung, der Wertschätzung von Lebensmitteln und der Reduzierung von Lebensmittelverlusten, aber auch der Förderung von ökologischen und regionalen Produkten fließen schon jetzt in viele unserer Aktivitäten ein. Diese Erfahrungen gilt es jetzt zu bündeln und zu einer breit getragenen, ambitionierten Idee einer zukunftsfähigen Ernährung in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Hierfür gilt es nun die Grundlagen zu schaffen. Ich persönlich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, wir kommen somit zum Schluss der Aussprache.

Wir gehen über zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2550 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den Antrag zudem an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ich frage: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu: